

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/173

Bonn, den 11. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1	<u>Realitäten...</u>	49

Gewinne und Löhne in der Metallindustrie

2 - 3	<u>In der Endphase des Wahlkampfes</u>	96
-------	--	----

Am 28. September entscheidet sich unsere Zukunft

Von Albert Osswald, hessischer Staatsminister

4	<u>Wohlfahrtsreformen in den USA</u>	48
---	--------------------------------------	----

Sorgen um die Armen

Von Paul Neumüller, New York

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Kindergärten für Bundesbedienstete
Annemarie Renner richtet mündliche Anfrage an die Bundesregierung

Gewußt war
Viele Bundesbürger brauchten einen Wegweiser durch das BSHG

Bessere Bildung - mehr politisches Interesse

Endlich ein weibliches Vorstandsmitglied in der GTB

Die Arbeiterwohlfahrt feiert 50. Geburtstag

Realitäten...

Gewinne und Löhne in der Metallindustrie

sp - In diesen Tagen, da unzufriedene Arbeiter durch Streiks ihrem Unmut über die Ungerechtigkeiten in der Wirtschaft Ausdruck geben, ist unter anderem auch sehr viel von "Realitäten" die Rede, die von den Arbeitern berücksichtigt werden müßten. Man meint natürlich damit, die Arbeiter sollten nicht so ungeduldig sein und brav warten, bis man ihnen ihren gerechten Anteil am Konjunkturaufschwung zubilligt. Selbstverständlich hat jedermann Interesse daran, daß die Autonomie der Tarifpartner gewahrt bleibt, daß verbindliche Vereinbarungen getroffen werden und daß beide Seiten - Arbeitnehmerschaft und Unternehmensleitungen - in freier Entscheidung zu Resultaten gelangen, die der Volkswirtschaft im Ganzen dienlich sind.

Zu den "Realitäten", von denen soviel gesprochen und geschrieben wird, gehören aber auch einige Zahlen, die jeder, der über die Streiks schreibt oder spricht, kennen sollte.

Die Kartellbüros der Stahlindustrie haben die überschäumende Auftragswelle und die mangels rechtzeitiger DM-Aufwertung nicht mehr funktionierende Weltmarktkonkurrenz zu Preiserhöhungen ausgenutzt, wie man sie in der Industrie selten findet.

- * Bis Juli waren die Stahlpreise im Inlandsgeschäft bereits um
- * 10 Prozent, im Export um mehr als 20 Prozent erhöht worden; und
- * sie klettern weiter. Andererseits konnten die Kosten durch
- * Rationalisierung und bessere Auslastung der modernen Anlagen selber
- * in den Vorjahren gesenkt werden.

Die Arbeitsproduktivität wuchs wesentlich schneller als in der Metallverarbeitung.

- * Resultat: Die Lohn- und Gehaltskosten s a r k e u seit 1966
- * von 21,4 auf 18 Prozent des Umsatzes. Die Stahlgewinne
- * sind 1969 gegenüber dem bereits recht einträglichen Vorjahr
- * nochmals um das Doppelte bis Dreifache gestiegen!

In den letzten Monaten dürften sie das Rekordniveau des bis dato besten Stahljahres 1960 wieder erreicht haben. Gewissermaßen mit einem Schlag hat das Kapital in der Stahlindustrie seinen einstigen Rückstand aufgeholt. Früher abgeschlossene Tarifverträge müssen daher als überholt angesehen werden. Auch das ist eine "Realität".

Arbeitnehmer haben also Nachholbedarf. Als Folge der Struktur-schwierigkeiten, denen die Stahlindustrie während der Periode 1961 bis 1967 ausgesetzt war, hielt die Lohn- und Gehaltsentwicklung mit der Verarbeitung nicht Schritt. Von 1960 bis 1968 stieg der effektive Bruttostundenlohn bei Stahl um 59 Prozent, in der Metallverarbeitung um 85 Prozent. Heute sind die Stahlwerke kaum in der Lage, ihre Arbeitskräfte zu halten, geschweige denn ihre Belegschaften zu vergrößern.

Hieraus ergibt sich, daß die IG-Metall allen Grund hat, in der Stahlindustrie größere Lohn- und Gehaltsforderungen zu erheben, als kurz zuvor in der metallverarbeitenden Industrie.

Dies zu wissen, gehört - wie gesagt - zu den "Realitäten" in einem Industriezweig, in dem an der Spitze Gewinne zu verzeichnen sind, deren Umfang sich niemand nach Überwindung der Rezession träumen ließ.

In der Endphase des Wahlkampfes

Am 28. September entscheidet sich unsere Zukunft

Von Albert Osswald, hessischer Staatsminister

Während im Bundestagswahlkampf 1969 die Endphase der politischen Auseinandersetzung beginnt, wird die CDU/CSU immer heftiger von Nervosität befallen. Diese Partei, unser Hauptgegner in diesen Wochen, hatte sich angesichts ihrer ermüdeten Organisation, der labilen Vertrauensbasis und einer veränderten politischen Landschaft zu einer Vorverlegung des Wahlkampfes entschlossen. Aber selbst der verstärkte Aufwand kann nicht über eine Tatsache hinwegtäuschen: Seit zwei Jahrzehnten verweigert die CDU systematische Reformen in unserem Staat.

Die CDU hat ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie. Sie will es nicht zulassen, daß dieses Verfassungsprinzip auch für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben gilt. Die Beispiele sind für alle Wähler offensichtlich. In der Währungsfrage wurde die arbeitnehmerfeindliche Haltung besonders sichtbar. Anstatt durch eine Aufwertung der Deutschen Mark unsere Währung stabil zu halten, die Preise nicht davonlaufen zu lassen und den Import der Inflation zu stoppen, machte ein entschlußloser und zaudernder CDU-Kanzler diese sachlich zu lösende Frage zu einer Prestigeangelegenheit seiner Partei.

Im wesentlichen werden dadurch die Millionen Arbeitnehmer betroffen, die ohnehin seit der "gewollten Krise" der Jahre 1966/67 CDU-geschädigt sind. Sie müssen - wieder einmal - eine Fehlentscheidung der CDU bezahlen.

- * Dieser Entwicklung muß ein Ende bereitet werden. Ab 28. September
- * muß in der Bundesrepublik eine neue Politik, eine Zukunft be-
- * ginnen.

Solange die SPD nicht die politische Führung in diesem Staat übernimmt, solange ist die Zukunft unseres Landes nicht gesichert. Mit ihrem Regierungsprogramm und mit ihren Männern und Frauen hat die SPD die bessere politische und personelle Alternative für die Bewältigung der Aufgaben der Zukunft zu bieten. Wir müssen alle gemeinsam jetzt dafür sorgen, daß wir diese Alternative überall deutlich machen.

Die Auseinandersetzungen während des Wahlkampfes werden aber nicht nur mit der CDU/CSU geführt. Besondere Aufmerksamkeit wollen wir auch den radikalen Kräften der Rechten und der Linken widmen.

Die SPD hat eindeutig ihre Distanz zu diesen Gruppen festgestellt. Ich wiederhole das an dieser Stelle, damit nirgendwo Mißverständnisse aufkommen können. Weder die neonazistische NPD noch ein aus ideologisch verschiedenartigen Gruppen zusammengewürfeltes Aktionsbündnis sind für uns akzeptable Gesprächspartner.

Gegen die rechtsradikale Nebenpartei hat die SPD einen politischen Kampf durch Aufklärung über die Ziele der Rechtsradikalen und die Folgen ihrer Wahl geführt. Eine direkte politische Konfrontation ist heute sinnlos, weil diese Partei und ihre Anhänger rationalen Argumenten überhaupt nicht zugänglich sind. Es kommt der NPD auch gar nicht darauf an, zu diskutieren. Wer dennoch darauf besteht, riskiert,

von ihrer an die SA-Organisation erinnernden "Ordnner-Truppe" mißhandelt zu werden.

- * Unsere Devise muß daher heißen: Nicht mit den Radikalen sich zu schlagen, sondern sie nicht zu wählen und die Bevölkerung sachlich über die Gefahren aufzuklären, die der Bundesrepublik durch die NPD drohen.

Im Wahlkampf können die Bürger am ehesten ihre ablehnende Haltung zu den Rechtsradikalen zeigen, indem sie eine Strategie der leeren Säle anwenden. Der Bevölkerung sollte deutlich sein, daß ein Besuch von NPD-Veranstaltungen nicht nur in zunehmendem Maße gefährlich, sondern auch sinnlos ist. In der Endphase des Wahlkampfes sollten die Neonazis unter sich bleiben oder vor leeren Stühlen ihre nationalistischen und demagogischen Phrasen vortragen.

Die bisherigen Antworten der CDU/CSU auf sozialdemokratische Forderungen, die Haltung zur NPD zu klären, ergaben lediglich Lippenbekenntnisse. Etwas anderes ist im Grunde auch wohl nicht zu erwarten. Die verfahrenere Politik der CDU und die von ihr verschuldete Angst vor Verlust der Arbeitsplätze führte in der Bundesrepublik zu einem Erstarren der rechtsradikalen Kräfte.

Wenn sich jetzt politisch engagierte Bürger und Mitglieder demokratischer Parteien und der Gewerkschaften zusammenfinden, so ist diese Initiative zu begrüßen.

Wir dürfen aber nicht vergessen, daß sich zu dieser Bundestagswahl wieder kommunistische Gruppen zu etablieren suchen. Da ihnen jede soziale Basis fehlt, werden sie auf Umwegen versuchen, Resonanz zu finden. Die SPD aber wird jeden Anbiederungsversuch erneut entschieden ablehnen. Denn:

- * Wer die Splittergruppen wählt, der zersplittert das Fundament einer neuen politischen Entwicklung.

Die bisherige Bilanz der SPD in der Bundesregierung und im Bundestag ist positiv. Das wirtschaftliche Wachstum, die Sicherung der Arbeitsplätze und Renten, die Lohnfortzahlung und die erfolgreiche Friedenspolitik sind Beispiele unserer Arbeit.

Die Bilanz wäre besonders für die Gruppen der Arbeitnehmer noch größer, wenn die CDU/CSU nicht eine fortschrittliche Politik blockiert hätte.

Inzwischen greift die CDU/CSU in ihren Anzeigen wieder zu den distanzierenden Mustern politischer Propaganda, mit der sie alle vier Jahre das Wahlklima in diesem Staat verschlechtert. Sie geht dabei von einer primitiven Einschätzung der Wähler aus. Nicht Information, nicht Aufklärung und Diskussion sind ihre Mittel, sondern Verdummung, Vernebelung und Versteufelung. Barzel zitiert falsch, um dem SPD-Wirtschaftsminister Professor Schiller eine politische Haltung zu unterstellen, die er nie gehabt hat.

Strosch schlägt mit einer Anzeige zur Reise von SPD-Abgeordneten nach Moskau unter die Gürtellinie. Aber offenbar ist dem CSU-Vorsitzenden nicht klarzumachen, daß es sich bei diesem Wahlkampf nicht um die deutsche Meisterschaft im Fingerhaken handelt.

Die SPD vertraut auf das politische Urteilsvermögen der Wähler. Gleichzeitig geht sie mit Selbstsicherheit in die Endphase dieses Wahlkampfes, dessen Ausgang so entscheidend für die Zukunft unseres Landes ist.

Wohlfahrtsreformen in den USA - Sorgen um die Armen

Von Paul Neumüller, New York

Das reichste Land der Welt entwickelt neuerdings Fürsorgegesetze, die bei uns schon zu Großvaters Zeiten eine Selbstverständlichkeit waren. Offensichtlich ist man auch in den USA von dem Gedanken abgekommen, daß sich der Bürger selbst helfen kann und auch in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt und seine Altersversorgung durch eigene Initiative zu sichern. Der Grundgedanke - keine Einmischung des Staates - läßt sich ganz einfach nicht mehr länger durchführen. Es begann eigentlich schon mit der im Jahre 1935 in Kraft getretenen Sozialversicherung (Social Security), die dadurch zustande kam, weil infolge der großen Wirtschaftskrise zehn Millionen Arbeiter erwerbslos wurden und viele Leute ohne Arbeitslosen- und Altersschutz mit Angst und Sorgen in die Zukunft sehen mußten.

In keinem Falle reicht die Altersrente aus, um auch nur annähernd den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Dies bedeutet für zahlreiche Rentner Armut und Inanspruchnahme der Wohlfahrtshilfe. Aber auch das gesamte öffentliche Wohlfahrts- und Fürsorgewesen steckt noch in den Kinderschuhen. Der schon von Präsident Johnson verkündete Feldzug gegen die Armut und die Verteilung von Lebensmittelgutscheinen an Bedürftige führte zu einem völlig unbefriedigenden Ergebnis.

Daß der als "arm" klassifizierte Bevölkerungsanteil von 25,4 Millionen heute um rund zwei Millionen niedriger liegt als im Vorjahr, ist nicht dem Verdienst des Staates, sondern dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes zuzuschreiben.

Ein Wirrwarr von Sozial-Wohlfahrtsgesetzen und Verordnungen der Bundesregierung, der Einzelstaaten, der Kreise und der Gemeinden es bisher verhindert, eine einheitliche Fürsorgeregelung zu schaffen. Die Einführung der kostenlosen Krankenbehandlung für Hilfsbedürftige - allein in der Stadt New York sind es 1,2 Millionen - war teilweise ein Fiasko. Die meisten Ärzte lehnen es grundsätzlich ab, die Armen kostenlos zu behandeln, da sie monatelang auf ihr vom Staat garantiertes Honorar warten müssen. Auch die Apotheken verlangen trotz "Armenausweis" Bargeld.

Am 11. August 1969 hat Präsident Nixon mit der bemerkenswerten Feststellung, "das gegenwärtige Wohlfahrtssystem ist ein Versager und es wird jeder Tag schlimmer", seinen Bundeswohlfahrtsplan verkündet und damit gleichzeitig Unruhe und lebhaftere Kritik ausgelöst.

Nach seinem Reformplan soll jedem Hilfsbedürftigen ein bundeseinheitlicher Mindestfürsorgesatz zustehen, der bei einer vierköpfigen Familie ohne Einkommen \$ 1.600,- (kaufkraftmäßig etwa DM 3.600) jährlich beträgt. Und bisher, je nach Bestimmungen des Einzelstaates zwischen \$ 39,- und \$ 263,- monatlich variierte. Diese Unterstützung soll aber davon abhängig gemacht werden, daß ein arbeitsfähiger Fürsorgeempfänger sich verpflichtet, jede angebotene Arbeit oder eine Umschulung anzunehmen. Arbeitslosenfürsorgeunterstützung gibt es in den USA nicht.

Amerika hat es auf jeden Fall in kürzerer Zeit fertiggebracht, Menschen auf den Mond zu schicken, als das innenpolitische Sozialproblem der ausreichenden Hilfe für die Armen zu lösen.